

Die Ökonomisierungsdiagnose.

Semantische Analyse



In den Sozialwissenschaften wird der Begriff der Ökonomisierung in der jüngeren Vergangenheit erneut in gesellschaftsdiagnostischer Absicht verwendet, d. h. in der Absicht, „Strukturdynamiken zu identifizieren“ und zwar nicht „zweitrangige“, sondern solche, die „mutmaßlich die gesamtgesellschaftliche Zukunft bestimmen“ (Schimank 2006, S. 80).

„Sie [Gesellschaftsdiagnosen, die Autorin] stellen *Lesarten des Heute und Morgen* dar und konkurrieren diesbezüglich (...) mit anderen Sozialwissenschaften ebenso wie mit journalistischen Reflexionen oder politischen Programmschriften. Soziologische Gegenwartsdiagnosen tragen also im Konzert mit solchen anderen Deutungsangeboten dazu bei, dass die gesellschaftliche Selbstverständigung darüber, wo wir mittlerweile angekommen sind und wohin es mit uns noch führen kann, nicht abreißt“ (Schimank 2007a, S. 17, Hervorhebung im Original).

Begriffe, die in gesellschaftsdiagnostischer Absicht verwendet werden, sind in aller Regel theoretische oder „theoriesprachliche“ (Kromrey 2009, S. 109) Begriffe. Es handelt sich dabei nicht nur um Begriffe, die soziale Sachverhalte zueinander in Beziehung setzen (Kaplan 1964), sondern darüber hinaus um Begriffe, „die *bewusst* so allgemein und abstrahierend gehalten sind, dass sie üblicherweise mehr als eine eng abgrenzbare Menge konkreter Ereignisse umgreifen“ (Kromrey 2009, S. 109, Hervorhebung im Original). Der abstrakte Gehalt des Begriffes der Ökonomisierung erschließt sich mit den Mitteln der semantischen Analyse.

Die semantische Analyse – in diesem Fall – des Begriffes der Ökonomisierung ist um die „*Erschließung der Bedeutung*“ (Kromrey 2009, S. 109, Hervorhebung im Original) bemüht oder eben um Offenlegung des mit dem Begriff der Ökonomisierung verbundenen semantischen Wissens. Das semantische Wissen umfasst die Kenntnis über die Bedeutung von Begriffen ebenso wie das grammatische Wissen. Während das grammatische Wissen unabhängig vom jeweiligen Fachwissen existiert, ist das Bedeutungswissen eines fachwissenschaftlichen Begriffes sehr stark

an den jeweiligen fachwissenschaftlichen Kontext gekoppelt. Die hier vorgelegte semantische Analyse ist entsprechend sehr weit angelegt. Sie umfasst eine Analyse der grammatischen Struktur des Begriffs, eine Analyse seiner Verwendungsweise in historischer Perspektive und eine sich daran anschließende Aufarbeitung des Forschungsstandes.

II.1 Grammatische Struktur des Begriffs

Die Liste der Schlagworte, die – nicht erst heute – zur Kennzeichnung gesellschaftlicher Entwicklungen herangezogen werden, ist lang: Industrialisierung, Ökonomisierung, Globalisierung oder auch Individualisierung sind im wissenschaftlichen wie auch im nicht-wissenschaftlichen Sprachgebrauch gängige Begriffe.

Bei den genannten Begriffen handelt es sich um Wortbildungen, die auf der Dynamisierung eines Substantivs beruhen, wobei die Dynamisierung durch die Endung „sierung“ erfolgt. Die auf diese Art gewonnenen Wortbildungen „verweisen auf Prozesse, die sich durch eine hohe Dynamik auszeichnen und noch nicht abgeschlossen sind, unter Umständen gar nicht abschließbar sind“ (Manzeschke 2011, S. 70).

Ferner handelt es sich bei dem Begriff der Ökonomisierung um einen Neologismus. Neologismen können sowohl Wortneubildungen sein als auch mit neuer Bedeutung versehene bestehende Wörter. Manzeschke (2011) betrachtet den Begriff der Ökonomisierung als einen Neologismus im letzteren Sinne, da der Begriff bereits im 19. Jahrhundert in etwas abweichender Form Verwendung fand. Einen Blick auf die Verwendungsweise des Begriffs in historischer Perspektive werfen die nächsten Kapitel. Wo möglich, wird auch die Verwendungshäufigkeit aufgezeigt.

II.2 Verwendungsweise und -häufigkeit in historischer Perspektive

Die Verwendungsweise des Begriffs der Ökonomisierung in historischer Perspektive wird in diesem Kapitel aufgezeigt. Dabei werden mit dem 19. Jahrhundert einerseits und dem auslaufenden 20. und beginnenden 21. Jahrhundert zwei historische Perioden unterschieden. Wie bereits erwähnt, wird, wo dies möglich ist, auch auf die Verwendungshäufigkeit des Begriffes eingegangen.

Mit Blick auf die Verwendungsweisen des Begriffs zeigt sich sehr deutlich, was unter Berücksichtigung der grammatischen Struktur des Begriffs bereits gesagt wurde: Über die Dynamisierung eines Substantivs wird ein Prozess angesprochen. Der Prozess, der angesprochen wird, steht in den allermeisten Verwendungsweisen des Begriffs der Ökonomisierung im Zusammenhang mit dem Wirtschaften resp. der Ökonomie, die von denjenigen, die den Begriff in dieser grammatisch korrekten Form verwenden, als ein gesellschaftlicher Teilbereich betrachtet wird.

II.2.1 Die Verwendung des Begriffs der Ökonomisierung im 19. Jahrhundert

Frühe Verwendungsweisen des Begriffs zeigt Manzeschke (2011) in den Schriften von Mill und Marx auf. Beide sind Zeitzeugen des epochemachenden Ereignisses der Industrialisierung und dem damit verbundenen Erstarken kapitalistischen Wirtschaftens (Polanyi 1978), das im Verhältnis zu anderen Wirtschaftspraktiken zunehmend am Erwerb bzw. Profit ausgerichtet ist, d. h. an einer positiven Differenz zwischen Aufwendungen und Erträgen.

Sowohl Mill als auch Marx verwenden den Begriff der Ökonomisierung im Sinne einer zunehmenden Produktivitäts- und Effizienzsteigerung (Manzeschke 2011). Während Mill mit dieser Entwicklung positive gesellschaftliche Folgen verbindet, weist Marx auf „die negativen Auswirkungen des kapitalistischen Systems auf die arbeitenden Menschen“ (Manzeschke 2011, S. 71) hin.

„Die kapitalistische Produktion, wenn wir sie im einzelnen betrachten und von dem Prozeß der Zirkulation und Überwucherungen absehn, geht äußerst sparsam um mit der verwirklichten, in Waren vergegenständlichten Arbeit. Dagegen ist sie, weit mehr als jede andre Produktionsweise, eine Vergeuderin von Menschen, von lebendiger Arbeit, eine Vergeuderin nicht nur von Fleisch und Blut, sondern auch von Nerven und Hirn. Es ist in der Tat nur durch die ungeheuerste Verschwendung von individueller Entwicklung, daß die Entwicklung der Menschheit überhaupt gesichert und durchgeführt wird in der Geschichtsepoche, die der bewußten Rekonstitution der menschlichen Gesellschaft unmittelbar vorausgeht. Da die ganze Ökonomisierung, von der hier die Rede ist, entspringt aus dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, so ist es in der Tat gerade dieser unmittelbar gesellschaftliche Charakter der Arbeit, der diese Verschwendung von Leben und Gesundheit der Arbeiter erzeugt“ (Marx MEW 25, S. 99).

Der Abschnitt aus „Das Kapital“, aus dem dieses Zitat stammt, trägt entsprechend die Überschrift „Ersparnis an den Arbeitsbedingungen auf Kosten der Arbeiter“.

Die Kosten, die die Arbeiter zu tragen haben, umfassen alle Lebensbereiche und führen letztendlich zu einer Verelendung der Arbeiterschaft.⁸

II.2.2 Die Verwendung des Begriffs der Ökonomisierung im 20. und 21. Jahrhundert

Auch die Verwendung des Begriffs der Ökonomisierung in dem zweiten der hier betrachteten Zeitabschnitte kann – oder besser: muss – in Zusammenhang mit einer Zeitzeugenschaft betrachtet werden: Und zwar derjenigen der ökonomischen Globalisierung. Es ist auch die Rede von der Etablierung eines neuartigen globalen Kapitalismus.⁹

“In a nutshell, I suggest that globalization represents a new epoch in the ongoing evolution of world capitalism distinguished by the rise of a globally-integrated production and financial system, an emergent transnational capitalist class, and incipient transnational state apparatuses” (Robinson 2012, S. 349).

Während die Verwendung des Begriffs der Ökonomisierung im 19. Jahrhundert die Industrialisierung und die zunächst abschließende Durchsetzung des kapitalistischen Wirtschaftens begleitete, kann die neuerliche Verwendung des Begriffs nicht losgelöst von der wissenschaftlichen Diskussion um eine neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus in seiner seit dem 19. Jahrhundert existierenden Ausprägung betrachtet werden.

Nachdem er lange Zeit keine weitere Verwendung fand, lässt sich mit Beginn der 1990er Jahre ein Zurückgreifen auf den Begriff der Ökonomisierung beobachten – zunächst noch verhalten, doch nach einem kleinen Einbruch zu Beginn des neuen Jahrtausends mit zunehmender Tendenz bis ins Jahr 2007. Nach einem kleinen Rückgang der Verwendungshäufigkeit im Jahr 2009 erreicht sie im Jahr 2010 einen Höhepunkt mit 258 Nennungen, um seither (endgültig) zu sinken.¹⁰

8 Die Verelendung der Arbeiterschaft stellte Friedrich Engels in seiner Studie „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, die erstmals 1845 erschien, dar (Engels, MEW 2).

9 Zum globalen Kapitalismus vgl. (Sklair 2005; Sprague 2009; Murray und Scott 2012; Robinson 2012; Murray 2014).

10 Über das Fachportal „sowiport“ ist der Begriff der Ökonomisierung seit dem Jahr 1973 nachzuweisen. Zwischen 1973 und 1989 schwankte die Zahl der Nennungen zwischen einer im Jahr 1973 und 13 im Jahr 1989.

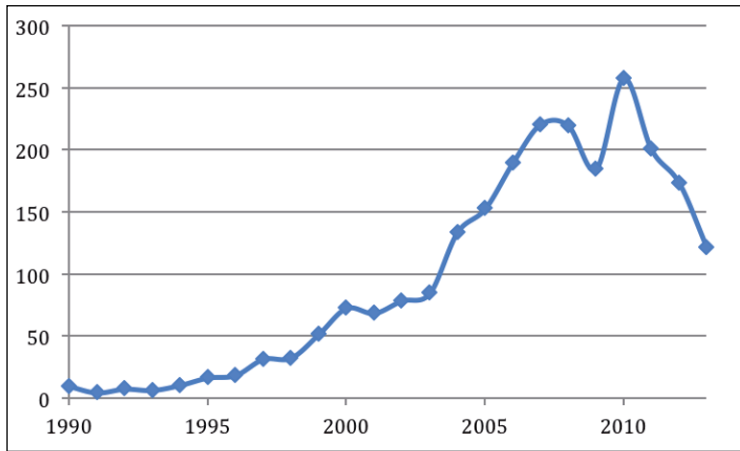


Abb. 1 Treffer für den Suchbegriff „Ökonomisierung“ pro Jahr (1990 bis 2013)

Quelle: Sowiport (eigene Recherche)

In seiner gegenwärtigen Verwendung bringt der Begriff der Ökonomisierung zweierlei zum Ausdruck. Zum einen eine Ausrichtung nicht-ökonomischer Gesellschaftsbereiche an ökonomischen Regelungen.

„Ökonomisierung bezeichnet einen Vorgang, durch den Strukturen, Prozesse, Orientierungen und Effekte, die man gemeinhin mit einer modernen kapitalistischen Wirtschaft verbindet, gesellschaftlich wirkmächtiger werden“ (Schimank und Volkmann 2008, S. 382).

„Was wir derzeit als Ökonomisierung bezeichnen, ist dann analog dazu tatsächlich eine Optionssteigerung des Ökonomischen, das die Programmierung anderer Funktionssysteme und Organisationen der Gesellschaft bestimmt (...)“ (Nassehi 2012, S. 411).

Im Kontrast dazu steht eine weitere Verwendungsweise des Begriffs der Ökonomisierung im Sinne einer neuen Form des Regierens.

„Die Perspektive der Gouvernamentalität ermöglicht die Entwicklung einer dynamischen Analyse, die sich nicht auf die Feststellung eines ‚Niedergangs des Politischen‘ beschränkt, sondern den ‚Rückzug des Staates‘ bzw. die ‚Dominanz des Marktes‘

selbst als ein politisches Programm dechiffriert“ (Lemke, Krasmann und Bröckling 2012, S. 26, Hervorhebung im Original).¹¹

Die mit beiden Verwendungsweisen verbundenen theoretischen Zugriffsmöglichkeiten werden im Rahmen der im nachfolgenden Kapitel präsentierten Aufarbeitung des Forschungsstandes vorgestellt. Ebenfalls vorgestellt werden im nachfolgenden Kapitel die Befunde der empirischen Bemühungen zur Erfassung des Vorgangs der Ökonomisierung.

II.3 Die Aufarbeitung des Forschungsstandes

Die als letzter Teil der semantischen Analyse präsentierte Aufarbeitung des Forschungsstandes zeigt die mit Blick auf die neuerliche Verwendung des Begriffs der Ökonomisierung auszumachenden theoretischen Zugriffe auf und präsentiert empirische Betrachtungen zum Vorgang der Ökonomisierung.¹²

In der gemeinsamen Betrachtung des empirischen Materials und der in der Literatur präsentierten theoretischen Zugriffsmöglichkeiten fällt auf, dass die empirischen Arbeiten den theoretischen Arbeiten zeitlich vorgelagert sind und beide Herangehensweisen an den Vorgang der Ökonomisierung relativ unverbunden sind. Das mag zum einen daran liegen, dass eine Gruppe der theoretischen Zugriffsmöglichkeiten erst kürzlich formuliert wurde. Hinzu kommt, dass von Seiten derer, die an den theoretischen Ausarbeitungen arbeiten, keine Hinweise zur Operationalisierung ihrer abstrakten Begriffe und Konzepte zu erhalten sind. Auch wenn dies gelegentlich anders klingt, so beispielsweise bei Schimank und Volkmann (2008), die eine Ökonomisierungsskala präsentieren, handelt es sich dabei doch um keine Skala in einem methodischen Sinn und damit um keine Handlungsanweisung für eine theoretisch fundierte empirische Analyse. Andererseits bleiben die theoretischen Vorannahmen der empirischen Betrachtungen

11 Die Gegenwart mit dem Konzept der Gouvernamentalität bearbeitende Sozialwissenschaftler mögen einwenden, dass die von mir zu Eingang des Abschnitts angesprochene Zeitzeugenschaft für sie so nicht gilt, sie vielmehr nur für jene unterstellt werden kann, die aus ihrer Sicht ökonomisch verkürzte Gesellschaftsanalysen betreiben. Dem möchte ich entgegen, dass Foucault den Neoliberalismus US-amerikanischer Prägung, der in dieser neuen Entwicklungsstufe des Kapitalismus globale Vormacht gewinnt, als ein „permanentes ökonomisches Tribunal“ bezeichnet (Foucault 2006).

12 Die Rede wird hier nicht von empirischen Analysen sein, da diese Begrifflichkeit in der üblichen Verwendungsweise ein methodisches Reflexionsniveau voraussetzt, das nicht bei jeder der zitierten Arbeiten zu erkennen ist.

zumeist implizit. Versucht man allerdings, sie mit den aufgezeigten theoretischen Zugriffsmöglichkeiten in Einklang zu bringen, zeigt sich, dass das am ehesten mit dem systemtheoretischen Zugriff gelingt.

II.3.1 Empirische Betrachtungen

Selbstverständlich kann die Liste der hier vorgestellten Arbeiten keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Und sie will es auch gar nicht. Es werden vielmehr Arbeiten vorgestellt, die sich im weitesten Sinn mit der Ökonomisierung von Sozialpolitik befassen und unterschiedliche Bereiche derselben erfassen: Bildung (Scherrer 2004; Graßl 2008), Gesundheit (Bauer 2008), Sozialversicherungssystem (Lessenich 2012). Dazu wird eine Arbeit zur Ökonomisierung der Kunst vorgestellt (Küsters 2008).

Am Anfang der Vorstellung der empirischen Betrachtungen des Vorgangs der Ökonomisierung steht eine Arbeit von Lessenich (2012), der den Begriff der Ökonomisierung unter einer gouvernementalitätstheoretischen Perspektive verwendet (vgl. Kapitel II.3.2.2; vgl. auch Lessenich 2003).

„Mit diesem Begriff [der Ökonomisierung, die Autorin] wird die gegenwärtig sich vollziehende Transformation des Sozialstaats zum einen zeitdiagnostisch in einen weiteren Kontext gesellschaftlicher Umbrüche gestellt, die allesamt dadurch charakterisiert sind, dass sich Gegenstandsbereich und Geltungsanspruch des Ökonomischen systematisch und umfassend erweitern“ (ebd., S. 113).

Im Sinne der von ihm verwendeten gouvernementalitätstheoretischen Perspektive weist er aber auch darauf hin, dass der Begriff der Ökonomisierung nicht allein als „Machtergreifung‘ des Politischen“ (Lessenich 2012, S. 113) verstanden werden darf, sondern darüber hinaus eine politische Dimension aufweist, die er selbst in seinen empirischen Analysen unter Rekurs auf die auf Kaufmann (2005) zurückgehende Unterscheidung von Sozialpolitik erster und zweiter Ordnung nachweist.

Die „herrschende Ökonomisierungstendenz“ vollzieht sich nach Lessenich (2012) auf zwei Dimensionen. Lessenich unterscheidet Vermarktlichungsprozesse, die sich im Rahmen der „herrschenden Ökonomisierungstendenz“ vollziehen, und Rekommodifizierungsprozesse (Lessenich 2012, S. 113): Während hinter dem Begriff der Vermarktlichung bzw. *marketization* (Salamon 1993) „die Auflösung staatlicher Monopole bzw. die Privatisierung öffentlicher Unternehmen“ (Lessenich 2012, S. 114) steht, die eben auch in das Feld der Sozialpolitik hineingreift, steht der Begriff der Rekommodifizierung für den „Abbau von dekommodifizierenden, die Arbeitskräfte vor der ungebremsten Wirkung von Marktzwängen schützenden

Regulierungen im sozialen Sicherungssystem“ (Lessenich 2012, S. 116). Beispielhaft für den Vorgang der Ökonomisierung im Sinne einer Vermarktlichung bzw. Teilvermarktlichung von Sozialpolitik führt Lessenich die Einführung der sogenannten Riester-Rente im Jahr 2002 an. Die Reform der Arbeitslosenversicherung dagegen, die unter dem Namen Hartz IV bekannt ist, führt Lessenich (2012) als Beispiel für Ökonomisierung im Sinne einer Rekommodifizierung an.

Die sogenannte Riester-Rente ist eine staatlich subventionierte private Zusatzversicherung zur Absicherung des Risikos Alter, welche aus Sicht der verantwortlichen politischen Akteure nach der schrittweisen Absenkung des Rentenniveaus von 70 auf 67 Prozent zur Aufrechterhaltung einer weitestgehenden Lebensstandardsicherung im Alter notwendig wurde. Für Lessenich (2012) erfolgt mit der Einführung der Riester-Rente eine „weitreichende Reorganisation des alterssicherungspolitischen Feldes“: „Die privaten Versicherungsunternehmen sind nun auch in Deutschland zu einem gewichtigen sozialpolitischen *player* geworden“ (Lessenich 2012, S. 115, Hervorhebung im Original).

Die Hartz Regelungen gehen auf Vorschläge der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ zurück, die die rot-grüne Bundesregierung unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Gerhard Schröder einsetzte, um die Effektivität der Arbeitsmarktpolitik zu steigern. Die Leitung der Kommission oblag Peter Hartz, damals Mitglieder der Volkswagen AG und Personalvorstand. Nach ihm wurden die erarbeiteten Gesetze benannt: Hartz I, Hartz II, Hartz III, Hartz IV. Das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) sieht die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum sogenannten Arbeitslosengeld II vor. Die Regelung trat 2005 in Kraft und bedeutete eine Leistungsreduktion für die Bezieher von Arbeitslosenhilfe. Durch die Verknappung der finanziellen Ressourcen sollen die Anreize zur Arbeitsaufnahme erhöht werden. Die dahinter stehende These der „sozialstaatsinduzierten Arbeitslosigkeit“ (Bäcker et al. 2010, S. 516) weist trotz ihrer empirischen Unhaltbarkeit eine breite öffentliche Wirksamkeit auf (vgl. ausführlicher zu diesen Maßnahmen und der sie begleitenden Rhetorik Kapitel V).

Trotz der mit ihnen verbundenen Tendenzen der Vermarktlichung und Rekommodifizierung stellen beide Maßnahmen für Lessenich (2012) keinen sozialpolitischen Paradigmenwechsel dar. Dieser würde Lessenich zufolge nur dann vorliegen, würde der Staat an sozialpolitischer Macht verlieren. Aber das Gegenteil ist laut Lessenich der Fall:

„Im Sinne einer Sozialpolitik ‚zweiter Ordnung‘ behält er die Fäden der relativen Gewichtung und strukturellen Verkopplung ‚öffentlicher‘ und ‚privater‘ Sicherung in der

Hand und unterläuft bzw. übergeht damit die sozialanalytische – und politisch-sozial konstruierte – Unterscheidung zwischen ‚Staat‘ und ‚Markt‘ (Lessenich 2012, S. 116).¹³

Ausgestattet mit dem Konzept der Gouvernamentalität stellt sich Ökonomisierung damit dar als „spezifische, ökonomisierende Form der *Regierung* der wohlfahrts-kapitalistischen Formation“ (Lessenich 2012, S. 114).

Die weiter ausgewählten empirischen Betrachtungen verwenden den Begriff der Ökonomisierung im Sinne eines Vorgangs, „durch den Strukturen, Prozesse, Orientierungen und Effekte, die man gemeinhin mit einer modernen kapitalistischen Wirtschaft verbindet, gesellschaftlich wirkmächtiger werden“ (Schimank und Volkmann 2008, S. 382).

Die zunehmende Wirkmächtigkeit solcher Prinzipien im Bereich der Kunst betrachtet Küsters (2008). Im Mittelpunkt ihrer Analyse stehen die Kunstsparte Musik und das Musikmanagement. Innerhalb dieser beiden Gegenstandsbereiche betrachtet sie fast vollständig mit öffentlichen Geldern finanzierte Genres, wie Klassik, Neue Musik und Jazz/Improvisierte Musik.

„Musik, die ohne staatliche Hilfe nicht existieren würde, die seit einiger Zeit aber mit massiven Mittelkürzungen und Verteilungskämpfen umgehen und nun Einsparungen erreichen oder zunehmende Eigenanteile zur ihrer Finanzierung erwirtschaften muss“ (Küsters 2008, S. 3859).

Die staatliche Förderung begründet Einflussmöglichkeiten der Politik auf die Kunst, die Kunst ist damit einem ständigen Legitimierungsdruck ausgesetzt und weiter ist die in der Kunst anzutreffende Form der Ökonomie durch die staatliche Förderung bedingt, eine fiktive. Fiktiv deshalb, weil die Preise, zu denen Kunst gehandelt wird, nicht real sind (Küsters 2008). Öffentliche Haushalte leiden unter klammen Kassen und geben diese Not, so Küsters (2008), an die Kunst weiter. Wie, das zeigt sie am Beispiel von Orchestern auf. Am Anfang dieser Entwicklung steht die Schaffung eines neuen Berufsfeldes: dem des Kulturmanagers. Dem Kulturmanager obliegt es, auf den Kunstbereich zugeschnittene Managementtechniken anzuwenden. In narrativen Interviews befragt Küsters Kulturmanager größerer und mittlerer Orchester zu den von ihnen angewandten Techniken. Die von diesen unter anderen

13 Sozialpolitik erster Ordnung einerseits und zweiter Ordnung andererseits unterscheiden sich durch den Umgang mit Dynamiken, die im sozialpolitischen Prozess entstehen und Teil desselben sind. Während Sozialpolitik der ersten Art mit der Beeinflussung sozialer Problemlagen beschäftigt ist, ist Sozialpolitik zweiter Ordnung mit „der Gewährleistung und Steuerung institutionalisierter Systeme – insbesondere des Tarifvertragswesens, der Einkommenssicherung und der Dienstleistungsproduktion“ (Kaufmann 2005, S. 141) befasst.

genannten Techniken der Imagebildung und insbesondere des Benchmarking können ihre Verwandtschaft zu dem, was als Ökonomisierung diskutiert wird, nicht verhehlen (Küstters 2008, S. 3863).

„Dabei handeln die Kulturmanager in der Auffassung, überhaupt nur durch diese Strategien die Existenz, das Weiterbestehen des Klangkörpers, des Hauses, der Konzertreihe kurzfristig, vor allem aber langfristig ökonomisch sichern zu können. Die dadurch bewirkten Veränderungen oder künstlerischen Einbußen betrachten sie als unvermeidbar angesichts der drohenden Alternative des Abgeschafftwerdens. Sie betreiben also Ökonomisierung im Dienste der Erhaltung von Kunst“ (Küstters 2008, S. 3863).

Unter Einbeziehung der Folgen auf die Kunst selbst, wie die Verringerung von Programmanteilen zeitgenössischer Kunst, die Reduktion der Gestaltungsfreiheit der Künstler und die Vorrangstellung ökonomischer, d. h. monetär bezifferter Kosten und Nutzen abwägender und imagebezogener Aspekte vor den künstlerischen Kriterien, kommt die Autorin zu dem folgenden Fazit:

„Im Kern der Kunst entfaltet also eine andere als die ihr eigene Logik ihre Wirksamkeit und wird in Teilen dominant“ (Küstters 2008, S. 3864).

Die Ökonomisierung der Bildung wird von Scherrer (2004) in den Kontext der seit 1994 geltenden Regeln des internationalen Dienstleistungsabkommens GATS (General Agreement on Trade in Services) gestellt (vgl. auch Sackmann 2010). Zwar ist deren Anwendungsbereich für die EU beschränkt auf private Bildungsdienstleistungen, doch wird in den seit 2000 laufenden Neuverhandlungen die Forderung an die EU herangetragen, die Einschränkungen des Geltungsbereichs des GATS aufzuheben. Konkret wird die „Aufhebung der staatlichen Verantwortung für das Hochschulwesen“ (Scherrer 2004, S. 177) gefordert.

Die staatliche Verantwortung insbesondere für das Hochschulwesen, in Teilen aber auch für das Schulwesen wurde schon in den 1950er Jahren von dem neoliberalen Ökonomen Friedman in Frage gestellt (vgl. Graßl 2008). Starke Anknüpfungspunkte zu seinen Überlegungen weist das „neoliberale Bildungsreformprojekt in Deutschland“ (Graßl 2008, S. 128) auf. Teil dieses neoliberalen Bildungsreformprojekts ist eine „Rationalisierung der öffentlichen Bildungsproduktion“ (ebd., S. 128), für die Graßl den Begriff der Ökonomisierung verwendet. Unter Verweis auf die hier angesprochene Rationalisierung ist Ökonomisierung in einem betriebswirtschaftlichen Sinne als Mittelloptimierung zu verstehen. Es wird versucht, diese durch „das Implementieren von neuen Managementtechniken und Quasi-Markt-Elementen“ (ebd., S. 128) zu erreichen. Diese neuen Managementtechniken sind unter dem Begriff

des New Public Management (NPM) zusammengefasst – natürlich fallen hierunter auch die von Küsters (2008) aufgezeigten Managementtechniken in Orchestern (vgl. hierzu unter einer theoretischen Perspektive Schimank und Volkmann 2008).

Hinter dem Begriff des NPM steht eine „weltweite Reformbewegung von Staat und Verwaltung“ (<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/new-public-management-npm.html>, gesehen am 29.09.2014). Die ergriffenen Maßnahmen können das folgende Merkmalsspektrum umfassen (ebd.):

1. Stärkung von Markt- und Wettbewerbsorientierung,
2. ziel- und ergebnisorientierte Steuerung,
3. dezentrale Grundstrukturen und
4. Orientierung am Unternehmensmodell und Wandel der Binnenorientierung öffentlicher Verwaltungen hin zu Kunden- und Bürgerorientierung.

Neben der Rationalisierung der Bildungsproduktion umfasst die neoliberale Bildungsreform die Transformation des Bildungswesens in einen „profitablen Wirtschaftszweig“ (ebd., S. 129; vgl. auch Scherrer 2004). Auch wenn dies in den entsprechenden Textstellen nicht klar wird, ist davon auszugehen, dass beide Vorgänge für Graßl (2008) Teil dessen sind, was als Ökonomisierung der Bildung zu betrachten ist. Und auch Graßl betrachtet diesen Vorgang unter einer differenzierungstheoretischen Perspektive. Er geht sogar so weit, diesen Vorgang als einen der „funktionale(n) Entdifferenzierung“ (Graßl 2008, S. 14) zu bezeichnen, „der die historisch und funktional ausdifferenzierte Logik, die Sprache und die Rationalitätskriterien von Erziehungs-, Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen obsolet werden lässt und der Logik des Marktes und des Wettbewerbs unterwirft“ (ebd., S. 14).¹⁴

Graßl (2008) zeigt die Ökonomisierung des Bildungswesens unter besonderer Berücksichtigung des Tertiärbereichs auf. Auf der Suche nach empirischer Evidenz untersucht er zunächst die „ökonomische Umwelt“ (ebd., S. 176) des Bildungswesens. Dabei fällt sein Blick auf das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Es wurde 1994 eingerichtet und hat den Status einer privaten GmbH, die als gemeinnützig anerkannt wurde. Eingerichtet wurde es von der Bertelsmann-Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Finanziert wird das CHE von der Bertelsmann-Stiftung, „die ihrerseits den dahinterstehenden Kapitalgebern verpflichtet ist“ (Graßl 2008, S. 179). Das CHE versteht sich als „Denk- und Reformwerkstatt für das deutsche Hochschulwesen“ (Graßl 2008, S. 178). Sein Ziel ist die Effizienzsteigerung

14 Eine Kritik solch einer Interpretation des Vorgangs der Ökonomisierung findet sich bei Nassehi (2012).

des Hochschulwesens auf der Grundlage einer ökonomischen Handlungslogik. Die von ihm formulierten politischen Forderungen stehen im Einklang mit denen wichtiger Arbeitgeberverbände:

„Tatsächlich stimmt das CHE inhaltlich in seinen wesentlichen hochschulpolitischen Forderungen und Perspektiven überein mit denen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), mit denen des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels sowie denen des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), aber auch mit den Vorschlägen des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, mit dem das CHE teilweise unmittelbar kooperiert. Schon lange vorbereitet sind die von ihm propagierten Ziele und Perspektiven durch Ausarbeitungen des in Europa überaus einflussreichen European Round Table of Industrials (ETRI) mit Sitz in Paris, in dem die mächtigsten Konzerne und Industriellen des Kontinents vertreten sind“ (Berthold 2002, zitiert nach Graßl 2008, S. 180, Hervorhebung im Original).

Als Mittel zur Effizienzsteigerung des Hochschulwesens gilt das weiter oben kurz skizzierte New Public Management, dessen Implementierung sich beispielsweise in der Einführung von Studiengebühren zeigt, aber auch ebenso in der zunehmenden Bedeutung von Rankings und Absolventenzahlen, Auslastungsquoten und Drittmittelvolumen (vgl. Graßl 2008), die eine outputorientierte Steuerung bzw. die oben angesprochene ergebnisorientierte Steuerung anzeigen, wohingegen die Einführung von Studiengebühren für eine zunehmende Markt- und Wettbewerbsorientierung steht. Es gilt also tatsächlich, was Graßl (2008) seiner Studie voranstellt: Die Logik des Marktes greift auf den Bereich der Bildung über.

Nun zu der Analyse von Bauer (2008), der „ökonomisch motivierte Veränderungen im deutschen Gesundheitswesen“ konstatiert. Er sieht die deutsche Gesundheitspolitik als Teil einer internationalen „Ökonomisierungsdynamik“ und geht sogar so weit, „die Aufrechterhaltung eines Angebots öffentlich garantierter Güter und Dienstleistungen in Frage gestellt“ zu sehen (Bauer 2008, S. 141). Seinen Analysen stellt Bauer (2008) einige konzeptionelle Überlegungen voran, deren grundlegende die ist, dass das Gesundheitswesen schon immer auch von ökonomischen Motiven und Interessen getrieben wurde. Hiervon ausgehend, reicht es nicht, Ökonomisierung als das zu verstehen, „was an ökonomischen Maßstäben ausgerichtet und bemessen wird“ (Bauer 2008, S. 142).

„Letztlich wird genau auf diese Weise der gängige Fehlschluss provoziert, nach dem das Gesundheitswesen vor dem Zeitpunkt seiner Ökonomisierung nicht an Kriterien der Effizienz und Effektivität ausgerichtet gewesen sei“ (Bauer 2008, S. 142).

So weist Bauer mit Nachdruck darauf hin, dass bereits bei der Institutionalisierung des Gesundheitswesens im 19. Jahrhundert ökonomische Interessen in erheblichen Umfang implementiert wurden und dass die Handlungskriterien der Effizienz und Effektivität schon lange vor der aktuellen Debatte um den Vorgang der Ökonomisierung Gültigkeit beanspruchen konnten. Hieraus folgert Bauer (2008) zum einen, Ökonomisierung als einen graduellen Vorgang zu betrachten (vgl. auch Schimank 2006; Schimank und Volkmann 2008) und zum anderen, den Vorgang der Ökonomisierung als einen multidimensionalen zu begreifen, der nicht allein Effizienz- und Effektivitätspraktiken umfasst, sondern auch die der Rationalisierung und Rationierung (Bauer 2008).

Mit Blick auf die vorgeschlagene „graduelle Differenzierung“ (Bauer 2008, S. 143) verweist Bauer auf eine Arbeit von Kühn, der die Möglichkeit einer graduellen Differenzierung des Vorgangs der Ökonomisierung unter Einbezug der Zweck-Mittel-Relation ausmacht:

„Geld bleibt nicht Mittel zur Sicherstellung der Versorgung, sondern die Versorgung von Kranken wird tendenziell zum Mittel, durch das Gewinn erzielt werden kann“ (Kühn 2004, zitiert nach Bauer 2008, S. 143).

Werden also Effektivität und Effizienz, Rationalisierung und Rationierung eingesetzt, um Gewinne zu erwirtschaften, stehen sie im Zeichen einer Ökonomisierung des Gesundheitswesens.

Mittels seiner empirischen Analyse kann Bauer den Wandel des Gesundheitswesens nicht nur belegen, sondern zudem in eben diesem Sinne als einen, der der Gewinnerzielung dient, identifizieren. In seiner Analyse greift er auf Indikatoren zurück, die den Vorgang der Ökonomisierung sowohl auf der strukturellen Ebene ausmachen wie auch auf der der Nutzer von Gesundheitsleistungen (Bauer 2008). Darüber hinaus legt Bauer die Ergebnisse von im Rahmen einer Pilot-Studie durchgeführten Experteninterviews mit Pflegekräften zu deren Deutung dieses Ökonomisierungsvorgangs vor.

Auf der strukturellen Ebene operationalisiert er Ökonomisierung über die Trägerstrukturen von Krankenhäusern, über die Regelung organisatorischer Abläufe, über das Arbeitsrecht wie auch das Vergütungssystem von Krankenhausleistungen. Dieses erfolgt seit dem 01. Januar 2004 bindend nach dem System Diagnoseorientierter Fallpauschalen (Diagnosis Related Groups/DRG). Es handelt sich dabei um ein in den USA entwickeltes System pauschalisierter Vergütung mit dem Ziel, die Verweildauern von Patienten in Krankenhäusern zu senken. Angestrebt ist damit eine Erhöhung der Effektivität des Gesundheitswesens durch Rationierungspraktiken. Krankenhausleistungen wurden bis zur Einführung der DRG über

tagesgleiche Pflegesätze nach der Liegedauer der Patienten honoriert (vgl. Kapitel V). Im Zuge organisatorischer Änderungen, die ebenfalls dem NPM zuzurechnen sind, wird Personal ausgelagert bzw. outgesourct (Outsourcing) – ebenfalls mit dem Ziel, Kosten zu senken. Ferner verweist Bauer auf eine Reduzierung des Kündigungsschutzes und kann zeigen, dass sich die Zahl der Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft im Zeitraum von 1990 auf 2004 um 36 Prozent verringert hat, während sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Krankenhäuser in privater Trägerschaft um 38 Prozent erhöht hat. Die gelisteten Maßnahmen setzen das Gesundheitswesen einer „wachsenden Knappheitsproblematik“ (Bauer 2008, S. 148; vgl. auch Mikl-Horke 2008) aus.

Die geführten Experteninterviews zeigen, dass die Spannbreite der Bewertungsmuster „der [eben aufgezeigten, die Autorin] Transformation zentraler Organisationsprinzipien im Gesundheitswesen“ (Bauer 2008, S. 155) sehr weit ist – von einem „kritischen Pol“ zu einem „ökonomischen Pol“ (Bauer 2008).¹⁵ Pfleger, die den Wandel unter ökonomischen Vorzeichen positiv im Sinne von bejahend deuten, machen beispielsweise unter den Patienten Schmarotzer aus, wohingegen dem Wandel kritisch gegenüberstehendes Pflegepersonal eine Stärkung der privat Versicherten beobachtet und beklagt, dass im Umgang mit den Patienten die menschliche Dimension auf der Strecke bleibt (Bauer 2008).

„Die Ergebnisse der Bielefelder Pilotstudie geben parallel hierzu Auskunft über die Zerrissenheit, in die das professionelle pflegerische Personal durch den empfundenen Ökonomisierungsdruck gerät. Bei aller Vorsicht ob des lediglich explorativen Charakters des empirischen Materials machen die Erkenntnisse deutlich, wie intensiv die Beschäftigten die Verletzung ihrer Handlungsautonomie erfahren. Umso überraschender ist, dass sie es offenbar nicht vermögen, eine eigene starke Berufsethik gegen den ökonomischen Druck in ihrer Einrichtung aufrechtzuerhalten. Eine aktive kritische Positionierung wird durch die Übernahme dominanter Deutungsmuster eliminiert, die Beschäftigten erliegen der kulturellen Hegemonie der ökonomischen *doxa*. Im Sinne eines solchen von Pierre Bourdieu (1987: Kap. 8) bezeichneten symbolischen Gewaltverhältnisses wirken sie damit an ihrer eigenen Machtlosigkeit mit“ (Bauer 2008, S. 156).¹⁶

Auf der Ebene der Nutzer von Gesundheitsleistungen sieht Bauer (2008), dass diese finanziellen Mehrbelastungen ausgesetzt sind (vgl. auch Niephaus 2009) wie auch,

15 Man darf vermuten, dass Bauer (2008) hier gleich Schimank und Volkmann (2008) Bezug nimmt auf Bourdieus „Analysen über das Fernsehen“ (1998b).

16 Mit Bourdieu (1987) ist hier angesprochen „Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Urteilskraft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp“.

dass diese sich in ihrer Rolle als Nutzer des Gesundheitswesens neu definieren müssen (Bauer 2008).

„Was in den 1970er Jahren als emanzipative Forderung nach mehr Patientenverantwortung und mehr Patientenbeteiligung immer wieder eingeklagt wurde, erlebt jetzt einen grundlegenden Bedeutungswandel (Bauer et al. 2005). Die Idee des Empowerments, der Aktivierung, des autonomen und mündigen Patienten wird im Einklang mit einer ökonomischeren Ausrichtung zwar revitalisiert. Ursprünglich progressiven Leitbildern, wie dem Wandel vom passiven zum aktiven Patientenleitbild, wird damit aber gleichzeitig eine neue Funktion zugeteilt. Sie werden im Sinne neuer eigenverantwortlicher Strukturen in Dienst genommen (Kühn 1998; Kunz 2005), die wiederum selbst in Gefahr sind, als Instrument einer Politik des *Förderns-und-Forderns* (Butterwegge 2006a; Gerdes 2006) primär ökonomische, anstatt Patienteninteressen zu vertreten“ (Bauer 2008, S. 148f., Hervorhebung im Original).

Was Bauer als „kulturelle Hegemonie der ökonomischen Doxa“ identifiziert, führt Nassehi (2012) als ökonomisierte Semantik vor, als Dominanz eines spezifischen kulturellen Narrativs, das von der „Funktion des zugehörigen Funktionssystems“ (Nassehi 2012, S. 403) zehrt, also im Fall der Ökonomisierung von der „Funktion des Knappheitsausgleichs“ (ebd., S. 404). Diesen Wandel des dominanten kulturellen Narrativs stellt er der Ökonomisierung als einer krisenhaften Optionssteigerung des Ökonomischen, die so weit geht, dass sie Einfluss auf die „Programmierung anderer Funktionssysteme“ (ebd., S. 411) hat, einerseits zeitlich voran, insofern er Mentalitäten, die solch eine Optionssteigerung zulassen, beim „Publikum“ (ebd., S. 413) voraussetzen muss. Andererseits können die Narrative aber auch den durch die Optionssteigerung des Ökonomischen erzeugten Bedeutungsverlust des Geldes als Medium des ökonomischen Teilsystems zeitlich nachgelagert begleiten. Im Sinne des späten Luhmann stabilisieren sich hier Gesellschaftsstruktur und Semantik wechselseitig (Kirchmeier 2012).

In der soziologischen Gegenwartsdiagnose so gebräuchliche rhetorische Figuren wie das unternehmerische Selbst (Bröckling 2007) oder auch die der Aktivgesellschaft (Lessenich 2009) sind Wegmarken in der „semantischen Karriere des Ökonomischen“ (Nassehi 2012, S. 415).

II.3.2 Der theoretische Zugriff

Nachdem die unterschiedlichen Verwendungsweisen des Begriffs der Ökonomisierung im ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhundert aufgezeigt wurden und auch einige mit diesen Verwendungsweisen operierende empirische Betrachtungen

vorgestellt wurden, wird es nun darum gehen, die mit den unterschiedlichen Verwendungsweisen verbundenen theoretischen Zugriffsmöglichkeiten vorzustellen.

Ökonomisierung als einen Vorgang zu betrachten, „durch den Strukturen, Prozesse, Orientierungen und Effekte, die man gemeinhin mit einer modernen kapitalistischen Wirtschaft verbindet, gesellschaftlich wirkmächtiger werden“ (Schimank und Volkmann 2008, S. 382), setzt an einer differenzierungstheoretischen Vorstellung von Gesellschaft an. Dieser zufolge handelt es sich bei Gesellschaften um ein Nebeneinander unterschiedlicher Kontexte (Nassehi 2011a). Einen dieser Kontext stellt das Wirtschaften dar. Die Ökonomisierungsdiagnose besagt, dass im Zuge der Ökonomisierung der Kontext des Wirtschaftens Einfluss auf die anderen gesellschaftlichen Kontexte ausübt. Theoretisiert wurde dieser Vorgang von Vertretern der Systemtheorie, die ein spezifisches Deutungsangebot des differenzierungstheoretischen Paradigmas darstellt (Stichweh 2007) und die Kontexte als Teilsysteme konzeptualisiert.

Ökonomisierung dagegen im Sinne einer neuen Form der Regierung zu verwenden, operiert mit dem auf Foucault zurückgehenden Konzept der Gouvernamentalität, dem sich jede Form des Handelns unterordnen lässt, womit es den Charakter einer *singuläre(n) Allgemeingültigkeit* (vgl. Sennelart 2006) aufweist, die es letztendlich nicht erlaubt, hinter gesellschaftlichen Vorgängen etwas anderes als staatliche Vorgänge zum Machterhalt zu sehen.¹⁷

17 Die politische Qualität des Vorgangs der Ökonomisierung, so meinen Gouvernamentalitätstheoretiker, vermögen jene, die hinter dem Vorgang der Ökonomisierung eine Bedeutungszunahme des ökonomischen Kontextes ausmachen, nicht zu sehen. Ihnen werfen Sie „ökonomistische(...) und ideologiekritische(...) Verkürzungen in der Analyse des Neoliberalismus“ (Lemke, Krasmann und Bröckling 2012, S. 19) vor. – Die Rede von ökonomistischen Verkürzungen erinnert an den gegen Marx und Engels vorgebrachten Vorwurf des ökonomischen Determinismus. In einem Brief an den Publizisten und langjährigen Herausgeber der sozialistischen Monatshefte nahm Engels zu diesem Vorwurf Stellung: „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das *in letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das *einzig* bestimmende, so verwandelt *er* jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus – politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate – Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. – Rechtsformen, und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren *Form*. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeit-

II.3.2.1 Differenzierungstheorie(n) und Systemtheorie

Als Differenzierungstheorien werden heute all jene Theorien bezeichnet, die den historischen Prozess der „Differenzierung von Ordnungen oder Teilsystemen nach bestimmten Leitkriterien“ (Schwinn 2011, S.9) zum Gegenstand haben. Als Ausgangspunkt dieses Prozesses gilt die Ausdifferenzierung des ökonomischen Teilsystems aus einer als Ganzem gedachter Gesellschaft im Zuge des Erstarkens der Prinzipien des kapitalistischen Wirtschaftens.

„(...) zunächst an der kapitalistischen Wirtschaft wurde den Zeitgenossen gewahr, daß die Durchsetzung der modernen Gesellschaft eine – wie Karl Polanyi es genannt hat – ‚great transformation‘ bedeutete. Der radikale Wandel bestand darin, daß wirtschaftliches Handeln nicht länger in andere gesellschaftliche Bezüge – etwa religiöser, familiärer oder politischer Art eingebettet, sondern nunmehr gleichsam dafür freigesetzt war, nur noch dem eigenen Leitwert der Gewinnerzielung zu folgen. Das manifestierte sich vor allem in Gestalt der moralischen Indifferenz wirtschaftlichen Handelns, das den normativen Zumutungen aus anderen Gesellschaftsbereichen – etwa der kirchlichen Soziallehre – nicht länger unterworfen war. Mit Befremden und Erschrecken wurde vor allem zur Kenntnis genommen, daß die ‚Kapitalisten‘ ihre Arbeiter skrupellos ausbeuteten, weil es zwischen beiden gesellschaftlichen Gruppen nur noch den ‚cash nexus‘, aber keinerlei Solidargemeinschaft mehr gab. Vergleichbare Vorgänge, die differenzierungstheoretisch als teilsystemische Ausdifferenzierung spezialisierter gesellschaftlicher Handlungslogiken gefaßt werden, ließen sich dann sukzessiv auch in anderen Bereichen beobachten: etwa eine nur auf Machterwerb fixierte Politik, eine allein auf Wahrheitssuche ausgerichtete Wissenschaft oder eine einzig am Schönen interessierte Kunst“ (Schimank 2000, S. 11, Hervorhebung im Original).

Daneben wurde mit der Entwicklung beruflicher Arbeitsteilung und einer daran gekoppelten Rollendifferenzierung ein weiterer Prozess ausgemacht, der differenzierungstheoretisch bearbeitet wurde. Für diesen Strang des differenzierungstheoretischen Paradigmas stehen die Namen früher Soziologen wie Spencer und Durkheim.

ten (d.h. von Dingen und Ereignissen, deren innerer Zusammenhang untereinander so entfernt oder so unnachweisbar ist, daß wir ihn als nicht vorhanden betrachten, vernachlässigen können) als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt. Sonst wäre die Anwendung der Theorie auf eine beliebige Geschichtsperiode ja leichter als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades. (...) Daß von den Jüngeren zuweilen mehr Gewicht auf die ökonomische Seite gelegt wird, als ihr zukommt, haben Marx und ich teilweise selbst verschulden müssen. Wir hatten, den Gegnern gegenüber, das von diesen geleugnete Hauptprinzip zu betonen und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, die übrigen, an der Wechselwirkung beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen“ (Engels, MEW 37, S. 463 ff., Hervorhebung im Original).

Heute kommt diesem letztgenannten Strang im differenzierungstheoretischen Denken bestenfalls noch eine marginale Bedeutung zu und der soziale Sachverhalt der Ausdifferenzierung von Ordnungen und Kontexten gilt neben dem der sozialen Ungleichheit als eines der „beiden makrosoziologischen Hauptkonzepte“ (Schwinn 2011, S. 9).

Die Differenzierungstheorie bzw. das differenzierungstheoretische Paradigma deutet Luhmann als eines der Systembildung (Stichweh 2007). Er konzipiert die Gesellschaft als ein Gesamtsystem, das sich in der Moderne in unterschiedliche Teilsysteme ausdifferenziert hat.¹⁸

„Dabei wird das System, in dem weitere Systeme entstehen, rekonstruiert durch eine weitere Unterscheidung von Teilsystem und Umwelt. Vom Teilsystem aus gesehen, ist der Rest des umfassenden Systems jetzt Umwelt“ (Luhmann 1997, S. 597).

Die Systemtheorie postuliert, dass diese Teilsysteme in modernen Gesellschaften „in ihrer Ungleichheit gleich“ (Luhmann 1997, S. 613) sind und moderne Gesellschaften entsprechend als funktional differenzierte Gesellschaften gelten.¹⁹ „Darin liegt ein Verzicht auf alle gesamtgesellschaftlichen Vorgaben für die Beziehungen zwischen ihnen“ (ebd., S. 613).

„Damit ist die These impliziert, daß es heute Makrosysteme wie Recht, Wissenschaft, Massenmedien, Politik, Wirtschaft etc. gibt, die zugleich globale Makrosysteme sind und zueinander in einem Verhältnis extremer sachlicher Diversität stehen, so daß sie prinzipiell nicht in eine Rangordnung gebracht werden können“ (Stichweh 2007, S. 259).

Die ausdifferenzierten Kontexte, in der Systemtheorie Funktions- oder auch Teilsysteme, operieren gemäß einer ihnen eigenen Logik. Für diese Logik steht das aus der Kybernetik stammende Konzept des Codes. Der Code eines Teilsystems weist eine binäre Struktur auf, d. h. er verfügt über lediglich zwei Ausprägungen. So umfasst der Code des Wissenschaftssystems beispielsweise die beiden Codierungen „wahr“ und „unwahr“, der des ökonomischen Systems die Codierungen „zahlungsfähig“ und „nicht zahlungsfähig“ und der des Rechtssystems „Recht“ und „Unrecht“.

18 Die Gründe hierfür versucht er gar nicht erst zu ermitteln und verweist auf die aus evolutionstheoretischer Perspektive anzunehmende Einmaligkeit dieses Vorgangs (Luhmann 1997).

19 Unter einer gesellschaftlichen Differenzierungsform versteht Luhmann (1997) die Art und Weise, in der die Teilsysteme eines Gesamtsystems zueinander geordnet sind. Neben der für moderne Gesellschaften charakteristischen *funktionalen Differenzierung* macht er historisch drei weitere Differenzierungsformen aus: *segmentäre Differenzierung*, *Differenzierung nach Zentrum und Peripherie* und *stratifikatorische Differenzierung*.

„Jeder binäre Code formuliert eine völlig eigenständige, auf nichts anderes reduzierbare evaluative Orientierung, gibt eine Richtung des Wollens vor: Erhaltung und Steigerung von Zahlungsfähigkeit in der Wirtschaft, Schaffung und Durchsetzung von Recht im Rechtssystem“ (Schimank 2006, S. 72).

Der Code ist selbstbezüglich konstituiert oder auch selbstreferentiell geschlossen, d. h. seine Begründung erfährt er allein durch sich selbst (Schimank 2006). Die Ausrichtung des Handelns in den Teilsystemen an den ihnen eigenen Codes führt zur operativen Schließung der Teilsysteme. Die operative Schließung der Teilsysteme geht mit ihrer Autonomie einher. Allerdings darf die Autonomie von Teilsystemen nicht im Sinne des Fehlen eines inter-systemischen Kontakts gedacht werden darf. Die operative Geschlossenheit von Teilsystemen resp. deren Autonomie bedeutet vielmehr, dass der Umweltkontakt der Systeme bzw. der intersystemische Kontakt im jeweils eigenen Operationsmodus bzw. Code der Systeme verläuft. Der auf diese Weise erzeugte intersystemische Kontakt ist einer der *strukturellen Kopplung* oder auch der „Koevolution“ (Stichweh 2007, S. 250).

Allerdings können aus diesen intersystemischen Kontakten Autonomiebedrohungen erwachsen, die zu der Gegenwartsdiagnose der Ökonomisierung Anlass geben können, wie Schimank (2006) und Schimank und Volkmann (2008) zeigen. Weiterhin können aus den intersystemischen Kontakten Optionssteigerungen resultieren, welche im Falle der Optionssteigerung des Ökonomischen eine weitere Möglichkeit darstellen, den Vorgang der Ökonomisierung systemtheoretisch zu begründen (Nassehi 2012).

II.3.2.1.1 Systemtheorie und Ökonomisierung I

Die erste der hier präsentierten systemtheoretischen Zugriffsmöglichkeiten auf den Vorgang der Ökonomisierung stammt von Schimank und Volkmann (2008) und einer hierzu relevanten Vorarbeit von Schimank (2006).

Gegenstand der Arbeit von Schimank (2006) sind teilsystemische Autonomiebedrohungen, die aus den zwischen Teilsystemen bestehenden Beziehungen erwachsen oder auch aus dem Einbezug von Personen in gesellschaftliche Teilsysteme (vgl. Schimank 2006). Autonomiebedrohungen und mehr noch Autonomieeinbußen eines Teilsystems sind aus dessen Perspektive eine „Einschränkung des gemäß der eigenen Logik Möglichen“ (Schimank 2006, S. 74), die sich aus der Öffnung der „*selbstreferentiellen Geschlossenheit* des jeweiligen binären Codes“ (ebd., S. 76, Hervorhebung im Original) ergibt. Die Möglichkeit zu solch einer Öffnung ist in dem weiter oben dargelegten Konzept struktureller Kopplungen zwischen den Teilsystemen angelegt. Die strukturellen Kopplungen resultieren beispielsweise daraus, dass gesellschaftliche Teilsysteme „vielfältige *Leistungen* anderer Teilsysteme

beanspruchen und erhalten“ (Schimank 2006, S. 74), wie finanzielle Mittel, Technik, Personal, öffentliche Aufmerksamkeit und Legitimität, Wissen, Entscheidungen und Gewalt (Schimank 2006).

Die genannten Leistungen stellen Inputs für gesellschaftliche Teilsysteme dar, welche sie zur Produktion ihrer Outputs benötigen. Die Leistungen können zum einen „*Ressourcen* eigener Leistungsproduktion“ (ebd., S. 75, Hervorhebung im Original) sein, zum anderen aber auch *Programme* (vgl. ebd.). Während Ressourcen „Rohstoffe der einen oder anderen Art sind, die verarbeitet werden“ (Schimank 2006, S. 75), handelt es sich bei Programmen um „evaluative(...), normative(...) oder kognitive(...) Regeln“ (ebd.: 75). Während Ressourcen im teilsystemischen Produktionsprozess von Leistungen umgewandelt werden, bleiben Programme unverändert bestehen. Während Ressourcen die „*selbstreferentielle Geschlossenheit* des jeweiligen binären Codes“ (ebd., S. 76, Hervorhebung im Original) nicht gefährden (müssen) und damit auch die Autonomie des Teilsystems nicht, verhält es sich bei Leistungen, die im System nicht umgewandelt werden und damit Programmform aufweisen, anders: Sie können eine Autonomiebedrohung für das Teilsystem darstellen.

Im Sinne Luhmanns würden die Autonomiebedrohung bzw. der Autonomieverlust im Aufbrechen der selbstreferentiellen Geschlossenheit des teilsystemischen Codes bestehen. Mit dieser systemtheoretischen Entschlüsselung von Autonomiebedrohungen und Autonomieverlusten ist Schimank (2006) allerdings nicht zufrieden – er bemängelt an ihr, dass erstens allein der teilsystemische Code für Autonomieverluste in den Blick genommen wird und dass zweitens Autonomieverluste allein als binäre Vorgänge denkbar werden.²⁰

Den ersten Kritikpunkt betreffend führt Schimank (2006) vor, dass „auch indirekte Rahmungen des für sich genommen unangetastet bleibenden Codes“ (ebd., S. 76) zu einem Autonomieverlust führen können, sogenannte „fremdreferentielle Rahmungen des Codes“ (ebd., S. 77). In diesem Zusammenhang beispielhaft weist er auf die politische Festlegung der Entscheidungsmöglichkeiten wissenschaftlicher Forschung hin, wie sie durch eine an spezifische Themen gekoppelte Finanzierung von Forschung erfolgen kann. In diesem Fall steht es den Akteuren des Teilsystems Wissenschaft zwar frei, ihr Handeln am selbstreferentiellen Code des Systems auszurichten, andererseits findet aber durch Ressourcen oder Programme aus der Umwelt eine Einschränkung der Möglichkeiten des Handelns im Sinne des Erkenntnisstrebens der Wissenschaft statt. Den zweiten Punkt betreffend folgt daraus, dass teilsystemische Autonomie kein dichotomer Sachverhalt ist, sondern vielmehr ein polytomer.

20 Dieser zweite Kritikpunkt resultiert aus dem ersten, er stellt analytisch gesehen kein neuartiges Argument dar.

Zusammenfassend lässt sich zu der von Schimank (2006) etwas abgewandelten systemtheoretischen Zugriffsmöglichkeit auf den Vorgang der Ökonomisierung, der sich in diesem Kontext als einer des Autonomieverlustes der anderen gesellschaftlichen Teilsysteme an das ökonomische Teilsystem darstellt, sagen, dass sowohl Ressourcen als auch Programme als auch Codes als „Einfallstor, feindlicher Übernahmen“, (Schimank 2006, S. 77, Hervorhebung im Original) fungieren können. Feindliche Übernahmen ergeben sich, durch Einverleiben oder Aufdrängen von Ressourcen, Programmen oder Codes – so dass feindliche Übernahmen also mindestens sechsfach zu denken sind als Einverleiben oder Aufdrängen von Ressourcen, Programmen oder Codes.

Anknüpfend an Luhmann geht Schimank (2006) von 12 Teilsystemen der Gesellschaft aus – Wirtschaft, Politik, Recht, Militär, Religion, Kunst, Wissenschaft, Massenmedien, Gesundheit, Sport, Bildung, Intimbeziehungen – und rechnet vor, dass es insgesamt 12×11 – also 132 – Beziehungen zur Erbringung von Leistungen zwischen den Teilsystemen geben kann.²¹ Die intersystemischen Leistungserbringungen wiederum lassen sich sieben auf induktivem Wege ermittelten Typen zuordnen. Dabei handelt es sich um die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, Technik, Personal, öffentlicher Aufmerksamkeit und Legitimität, Wissen, Entscheidungen und zuletzt Gewalt.

Das politische System beispielsweise stellt den anderen Teilsystemen Geld – also finanzielle Mittel – zu Verfügung und erhält vom System der Wirtschaft Geld in der Form von Steuern. Das System der Wirtschaft stellt aber vor allem Technik im Sinne von Gütern und Dienstleistungen für alle anderen gesellschaftlichen Teilsysteme zur Verfügung. Das Teilsystem der Familie wiederum stellt „psychisch und physisch einsatzfähige(s) Personal“ (Schimank 2006, S. 75) für alle anderen Teilsysteme zur Verfügung. Aufmerksamkeit und Legitimität schafft das gesellschaftliche Teilsystem der Massenmedien für andere gesellschaftliche Teilsysteme usw.

Ein Blick in die Gegenwartsdiagnosen zeigt Schimank (2006), dass als *Täter* von feindlichen Übernahmen nur zwei Teilsysteme in Betracht zu kommen scheinen: die Teilsysteme Wirtschaft und Politik, wobei die Nennungen des Teilsystems der Wirtschaft dominieren. Schimank (2006) geht davon aus, dass die meisten feindlichen Übernahmen auf eine der drei Dimensionen – Ressourcen, Programme oder Codes – beschränkt bleiben. Er hält es aber auch für möglich, dass sie sukzessive über alle drei Ebenen erfolgen können – hält dies sogar für wahrscheinlich.

21 „Genau zwei zwischen je zwei Teilsystemen (z. B.: Wirtschaft => Politik und Politik => Wirtschaft)“ (Schimank 2006, S. 81).

„Jedoch scheint eine Ausbreitung von den Ressourcen über die Programme bis zum Code eine nicht ganz untypische Eskalationsdynamik zu sein“ (Schimank 2006, S. 80).

In einem Beitrag zur Diagnose von der Ökonomisierung für das *Handbuch der Wirtschaftssoziologie* fragen Schimank und Volkmann (2008) danach, wie sich die Ökonomisierung einer funktional differenzierten Gesellschaft denken lässt“ (Schimank und Volkmann 2008: 382).²² Sie beantworten diese Frage, indem sie auf Überlegungen Bourdieus zurückgreifen. Bereits in einer Arbeit aus dem Jahr 2006 suchten sie in dessen Arbeiten nach „Baustein(en) für ein differenzierungstheoretisches Verständnis der Moderne als einer kapitalistischen Gesellschaft“ (Volkmann und Schimank 2006, S. 223). Dabei stoßen sie in Bourdieus Analysen „Über das Fernsehen“ (Bourdieu 1998b) auf das Konzept der Intrusion, das sie im Sinne einer „schrittweise(n) Unterwerfung allen gesellschaftlichen Denkens und Handelns unter die Logik der kapitalistischen Ökonomie“ (Volkmann und Schimank 2006, S. 223) interpretieren.²³

Theoretisch ermöglicht wird das Konzept der Intrusion, indem Bourdieu soziale Felder als Spannungsverhältnisse zwischen zwei Polen auffasst – einem autonomen und einem weltlichen Pol (Bourdieu 1998b). Während der weltliche Pol derjenige Pol ist, der „dem Effekt der Menge und des Marktes am stärksten unterworfen ist“ (Bourdieu 1998b, S. 112), gehorcht der autonome Pol den eigenen *Spielregeln*, funktioniert aus systemtheoretischer Perspektive entsprechend des eigenen Codes (Schimank und Volkmann 2008; vgl. auch Bourdieu und Wacquant 1996, S. 134).

Auf den ersten Blick ein systemtheoretisches Pendant zum Konzept der Intrusion stellt das Konzept der „korrupte(n) lokalen strukturellen Kopplung(…)“ (Stichweh 2005, S. 175) dar, das für intersystemische Abhängigkeiten auf der Programmebene steht.

„Das (...) ist eine in bestimmten Weltregionen noch nicht oder nicht mehr hinreichend gesicherte Independenz des Operierens der Funktionssysteme. Man könnte von korrupten lokalen strukturellen Kopplungen zwischen Funktionssystemen sprechen“ (Stichweh 2005, S. 175).

Allerdings handelt es sich bei korrupten lokalen strukturellen Kopplungen um zeitlich wie räumlich begrenzte soziale Sachverhalte. Diese Beschränkungen gelten

22 Es ließe sich auch fragen, wie sich die Vereinbarkeit der Sachverhalte Kapitalismus und funktionale Differenzierung unter systemtheoretischen Vorzeichen denken lässt (vgl. hierzu auch Volkmann und Schimank 2006; Schimank 2009).

23 Diese Interpretation geht aus meiner Sicht über das im entsprechenden Text Lesbare hinaus.

für intrusive Sachverhalte nicht: Erstens können Intrusionen nicht von allen Teilsystemen gleichwahrscheinlich ausgehen – „die kapitalistische Wirtschaft hat das klare Prä in Sachen ‚feindlicher Übernahmen‘“ (Schimank und Volkmann 2008, S. 383). Entsprechend ist das intrusive Potential des ökonomischen Feldes, operiert es erst einmal als kapitalistisches, nicht nur nicht räumlich, sondern zudem auch nicht zeitlich begrenzt, worin der zweite Unterschied zu Stichwehs (2005) Sicht auf teilsystemische Autonomieverluste liegt.

„Die nicht-ökonomisierte – genauer müsste man sagen: die ihre Ökonomisierung nicht spürende – moderne Gesellschaft ist Bourdieu zufolge die Ausnahme, während die durchgehende Ökonomisierung die Regel darstellt“ (Schimank und Volkmann 2008, S. 383f.).

Unter Berücksichtigung des bereits erwähnten Dreischritts über Einverleiben oder Aufdrängen von Ressourcen, Programmen und Codes schlagen Schimank und Volkmann (2008) vor, den Vorgang der Ökonomisierung als eine fünfstufige Skala zu fassen.

Auf Stufe eins der Skala ist der binäre Code der Wirtschaft für die Akteure anderer gesellschaftlicher Kontexte bedeutungslos. Auf den Stufen zwei und drei vollzieht sich Ökonomisierung lediglich in der Form eines „fremdreferentielle(n) constraint“ (Schimank und Volkmann 2008, S. 386): Während Kostenbewusstsein auf der Stufe zwei den Status einer ‚Soll-Erwartung‘ hat, wird es auf Stufe drei dagegen zu einer ‚Muss-Erwartung‘. Für beide Stufen ist eine zunehmende Ressourcenabhängigkeit zentral. Auf Stufe vier wird das ökonomische Prinzip der Gewinnmaximierung zu einem sekundären Handlungsziel; das Prinzip findet Eingang in die nicht-ökonomischen teilsystemischen Programmstrukturen und auf Stufe fünf wird Gewinnmaximierung zu einem primären Handlungsziel, das sich an die Stelle des bis dahin noch gültigen nicht-ökonomischen teilsystemischen Codes setzt.

„Die Marktgängigkeit wird hier zur obersten Prämisse, Gewinnmaximierung ist ‚Muss-Erwartung‘ und teilsystemische Autonomie nicht länger gegeben. Die Ökonomisierung ist zu einer vollendeten ‚feindlichen Übernahme‘ vorangeschritten“ (Schimank und Volkmann 2008, S. 386).²⁴

24 Beispiele für solche feindliche Übernahmen nennen Schimank und Volkmann (2008) aus dem Bereich des Sports und der Unterhaltungsmusik. Im Bereich des Sports verweisen sie auf das Catchen, von dem „jeder weiß, dass Sieg und Niederlage gemäß Erwägungen medialer Attraktivität, also der Erzielung einer möglichst hohen Zuschauerquote, die dann Werbeeinnahmen maximiert, inszeniert werden“ (Schimank und Volkmann 2008, S. 386).

Wie sollen Ressourcen, Programme und Codes gemessen und damit der Vorgang der Ökonomisierung in die eben referierte fünf-stufige Skala überführt werden? Insbesondere das Feststellen von Codes, die nicht nur über keinen direkten empirischen Bezug verfügen, sondern zudem noch zu ihrer Erfassung auf schlussfolgernde Indikatoren (vgl. Kromrey 2009; aber auch Kapitel V.2.3.1) angewiesen sind, ist schwierig. Es wäre denkbar, individuelle Handlungsweisen als schlussfolgernde Indikatoren zur empirischen Ermittlung teilsystemischer Codes einzusetzen und/oder auch Organisationen und ihre Strukturen zur empirischen Ermittlung von Programmen – ebenfalls als schlussfolgernde Indikatoren. Doch hierzu geben Schimank und Volkmann (2008) keine Hinweise – auch wenn sie in den nächsten Abschnitten ihrer Arbeit auf Organisationen und Handlungsweisen im Kontext der Abarbeitung der Meso- und der Mikro-Ebene gesellschaftlicher Verhältnisse eingehen. Die dargelegte Skala stellt also keine messtheoretischen Anforderungen genügende Skala dar, im Sinne einer „numerische(n) Repräsentation eines Merkmalsraums“ (Rohwer und Pötter 2002, S. 70).²⁵

Die Meso-Ebene unterscheiden Schimank und Volkmann (2008) in einerseits staatlich und andererseits wirtschaftlich getragene Organisationen. Zu den staatlich getragenen Organisationen gehören die öffentliche Verwaltung, Schulen, Universitäten, öffentlich-rechtlich getragene Rundfunk- und Fernsehsender, zu den wirtschaftlich getragenen Buchverlage, Privatschulen, Galerien usw. (Schimank und Volkmann 2008). Während im Zuge des Vorgangs der Ökonomisierung für die staatlich getragenen oder zumindest mitfinanzierten Organisationen eine Transformation der für die Organisationen spezifischen Regulationsstrukturen entsprechend des Governance Regimes des New Public Management (NPM) (vgl. hierzu erläuternd Kapitel II.3) zu beobachten ist, steigt in den wirtschaftlich getragenen Organisationen das Prinzip der Gewinnmaximierung zum primären Handlungsziel auf (Schimank und Volkmann 2008). Der Wandel von Handlungslogiken, sei es in der Gestalt von teilsystemischen Codes oder auch in der von organisationspezifischen Regulationsstrukturen, führt wiederum zu veränderten Mustern individuellen Handelns, welche wiederum zu veränderten Handlungsergebnissen führen.

Die Handlungsweisen und die an sie gebundenen Ergebnisse des Handelns stellen die Grundlage für die teilsystemische Leistungsproduktion dar. Die von

25 In dem Manuskript, zu dem sich im Erscheinen befindenden Titel „Das Regime der Konkurrenz: Gesellschaftliche Ökonomisierungsdynamiken heute“ (Schimank und Volkmann 2017), das mir die Autoren zur Verfügung stellten, wofür ich mich recht herzlich bedanken möchte, legen sie Vorschläge zur Operationalisierung der Skala, die sie dort auf eine Skala mit sieben Stufen erweitern, vor und betrachten die damit messbaren „Stufen gesellschaftlicher Ökonomisierung“ (Schimank und Volkmann 2017, S. 34) als eine ordinale Größe (vgl. Schimank und Volkmann 2017, S. 35).

Schimank und Volkmann (2008) aufgeworfene Frage lautet nun, inwiefern dem Ökonomisierungsprozess funktionale oder eben auch dysfunktionale Aspekte für die teilsystemische Leistungsproduktion zukommen. Dabei unterstellen Schimank und Volkmann (2008) zwar, ganz im Sinne der Ökonomisierungsvertreter, dass beispielsweise der zunehmende Kostendruck auf Ärzte und Kulturmanager durchaus auch die propagierten Effizienzsteigerungen nach sich ziehen kann, wenn beispielsweise der Kostendruck auf Krankenhäuser und die behandelnden Ärzte so groß ist, dass eine Optimierung der Abläufe erfolgt und in der Folge wiederum die Patienten früher entlassen werden können oder Kulturmanager aufgrund des Kostendrucks auf in der Regel billigere Nachwuchskünstler angewiesen sind, wodurch „nicht nur die Effizienz des Angebots, sondern auch die Chancen des Nachwuchses gegenüber den ‚Platzhirschen‘, (Schimank und Volkmann 2008, S. 390) steigen.

Auch wenn das alles theoretisch möglich ist, empirisch wurde es bislang nicht überprüft, so dass man auch die „Gegenrechnung“ (ebd., S. 390) aufmachen und dysfunktionale Aspekte des Ökonomisierungsvorgangs denken muss, wie sie insbesondere durch eine zunehmende Relevanz organisatorischer Abläufe, das Versagen von Märkten und auch zunehmenden Konkurrenzdruck entstehen können (vgl. Schimank und Volkmann 2008). Das Problem des Vorgangs der Ökonomisierung ist, „dass es keine erkennbare Stoppregel gibt“ (ebd., S. 390) – eine Überlegung, die auch für die nachfolgend vorgestellte zweite Möglichkeit des systemtheoretisch angeleiteten Zugriffs auf den Vorgang der Ökonomisierung relevant ist.

II.3.2.1.2 Systemtheorie und Ökonomisierung II

Ausgangspunkt der von Nassehi (2012) vorgestellten Möglichkeit, den Vorgang der Ökonomisierung systemtheoretisch zu entschlüsseln, ist die Ausdifferenzierung von gesellschaftlichen Teilsystemen am Kriterium der Funktion – Stichwort: funktionale Differenzierung. Wie bereits weiter oben dargelegt, verfügen die ausdifferenzierten gesellschaftlichen Teilsysteme über selbstreferentiell geschlossene binäre Codierungen. In der durch ihre Dichotomie gegebenen Schlichtheit ermöglichen es die Codierungen mit „der Komplexität der modernen Welt“ (ebd., S. 408) umzugehen. Hieraus resultieren allerdings weitere Probleme, zu denen der Vorgang der Ökonomisierung zu zählen ist.

„Die Codierung ist so niedrigschwellig gebaut, dass letztlich alles, was geschieht, Beobachtungsanlass für die Funktionssysteme wird: Letztlich kann alles, was unter der Sonne geschieht, politisch, rechtsförmig, religiös, wissenschaftlich, künstlerisch oder pädagogisch verarbeitet werden und lässt Optionen für weiteres Verhalten nie knapp werden, denn exakt dafür haben sie sich ausdifferenziert: Anschlüsse weniger unwahrscheinlich zu machen „ (Nassehi 2012, S. 409).

Die über die Einfachheit der Codierungen ermöglichten Anschlüsse zwischen den Teilsystemen werden von zwei Mechanismen begleitet: dem der Ausbildung von Organisationen, die die Anschlusslogiken auf Dauer stellen und zweitens dem der Herausbildung von Rollen, Erwartungen und Mentalitäten (vgl. Nassehi 2012). Beobachtbar werden Systeme auf der Ebene ihrer Organisationen wie auch auf der von Rollen, Erwartungen und Mentalitäten – ganz im oben genannten Sinne, stellen sie schlussfolgernde, d.h. theoretisch abgeleitete Indikatoren für Systeme und systemische Codes dar.

Doch kommen wir zurück zur binären Codierung der gesellschaftlichen Teilsysteme: Letztendlich kann die Stärke binärer Codes, die in ihrer unbegrenzten Fähigkeit zur Erschließung der Umwelt liegt, zu einer Steigerung der Optionen des jeweiligen Funktionssystems führen und diese wiederum zu einer Entwertung des jeweiligen Mediums.

Sowohl das 20. als auch das beginnende 21. Jahrhundert zieht Nassehi (2012) zur empirischen Plausibilisierung seiner Überlegungen heran: Das 20. Jahrhundert mit seinen Diktaturen sieht er gekennzeichnet durch eine Optionssteigerung des Politischen, die in einer „Totalpolitisierung der Gesellschaft“ (ebd., S. 411) mündet und in einer Entwertung des Mediums Macht, das letztendlich nur durch Gewalt gesichert werden kann. Das 21. Jahrhundert sieht er dagegen gekennzeichnet durch eine Optionssteigerung des Ökonomischen, die sich zur Krise für das ökonomische System selbst entwickeln muss, da sie in einer Entkopplung von wirtschaftlichen Operationen einerseits und realwirtschaftlichen Umweltbedingungen andererseits besteht (vgl. Nassehi 2012), was letztendlich dazu führt, dass der Finanzbedarf des ökonomischen Systems aus der Umwelt gedeckt werden muss; ein Paradox – „kommt doch in der Umwelt des Wirtschaftssystems gar kein Geld vor“ (Nassehi 2012, S. 412).²⁶ So kommt es letztendlich dazu, dass durch eine zunächst grenzenlos anmutende Universalisierung des Codes des ökonomischen Teilsystems, der „Zahlungsfähigkeit“ lautet, dieses sowohl die Programmierung anderer Teilsysteme bestimmt, wie auch deren Organisationen.

„Was wir derzeit als Ökonomisierung bezeichnen, ist dann (...) tatsächlich eine Optionssteigerung des Ökonomischen, das die Programmierung anderer Funktionssysteme und Organisationen der Gesellschaft bestimmt, was letztlich nur auf den ersten Blick ein Sieg des Ökonomischen über andere Funktionen ist. Was wir derzeit beobachten,

26 Hier gibt es einen klaren Widerspruch zwischen der Perspektive Schimanks (2006) auf die Systemtheorie und der Nassehis (2012): Während es Nassehi folgend kein Geld in der Umwelt des Funktionssystems Wirtschaft gibt, stellt Schimank (2006) zufolge das Funktionssystem Politik den anderen Funktionssystemen Geld als Ressource zur Verfügung.

ist letztlich eine Selbstgefährdung des Ökonomischen durch seine Optionssteigerung“ (Nassehi 2012, S. 411, Hervorhebung im Original).²⁷

Ermöglicht wurde dieser Vorgang nach Nassehi (2012) durch eine der organisatorischen Transformation vorgelagerte Transformation von Mentalitäten – die Optionssteigerung des Ökonomischen wurde dem Publikum „durch semantische Flankierung plausibel gemacht“ (ebd., S. 412).

„Auf diese semantische Flankierung kommt es an, um das zu verstehen, was sich derzeit an ‚Ökonomisierungstendenzen‘ beobachten lässt. Denn allein die Tatsache, dass die Ökonomie immer bedeutsamer, effizienter und leistungsfähiger wurde, (...), reicht nicht hin, um den sozialen Sinn dieser Diagnose verstehen zu können“ (Nassehi 2012, S. 412)

Die semantische Flankierung erfolgt auf der Ebene von Semantiken in ihrer gepflegten Form (vgl. Luhmann 1993), zu der Nassehi (ebd.) bemerkt, dass sie den Reflexionstheorien von Funktionssystemen entspringen. Eine dem ökonomischen Funktionssystem zugehörige Semantik würde demnach der Wirtschaftstheorie entstammen (vgl. Schneider 2014).

„Eine plausible Vermutung ist, dass solche Theorien gleichsam als Rückschlag funktionaler Differenzierung entstehen: Indem jedes Funktionssystem seine gesellschaftliche Umwelt aus seiner eigenen Perspektive erfasst, wird es durch die anderen Funktionssysteme mit einer Mehrzahl von Fremdbeschreibungen und dadurch mit der Frage konfrontiert, welche Beschreibungen aus seiner Binnenperspektive zu den eigenen Operationen und deren Codierung passen und sich affirmativ auf seine gesellschaftliche Funktion beziehen lassen“ (Schneider 2014, S. 171, vgl. Kieserling 2004).

Das wiederum kann bedeuten, dass das Ökonomische nicht allein auf der Ebene von Ressourcen, Programmen und Codes Einzug ins gesamtgesellschaftliche Geschehen hält, sondern auch auf der semantischen Ebene. Und in der Tat: In der soziologischen Gegenwartsdiagnose so gebräuchliche rhetorische Figuren wie die des unternehmerischen Selbst (Bröckling 2007) oder auch die der Aktivgesellschaft (Lessenich 2009) sind Wegmarken in der „semantischen Karriere des Ökonomischen“ (Nassehi 2012, S. 415). Gar die Abkehr vom Gesellschaftsbegriff in der Soziologie und der soziologischen Theoriebildung, gegen die Theodor W. Adorno bereits in seiner im Sommersemester 1968 gehaltenen Vorlesung „Einleitung in die

27 In der von Schimank (2006) vorgestellten Perspektive kommt es zu einer fremdreferentiellen Rahmung der Codes der nicht-ökonomischen Teilsysteme, aus denen das ökonomische System somit Geld bezieht.

Soziologie“ anging, vermag Nassehi (2012) als Teil einer ökonomisierten Semantik, die Einzug in die Soziologie gehalten hat, zu erkennen.

II.3.2.2 Theorie der Gouvernamentalität und Ökonomisierung

Eine ganz andere Zugriffsmöglichkeit auf den Vorgang der Ökonomisierung bieten gouvernementalitätstheoretische Überlegungen, wie sie von Foucault in seinen Vorlesungen zur Gouvernamentalität in den Studienjahren 1977/78 und 1978/79 am Collège de France vorgestellt wurden.

Foucault prägte „den neuen Begriff der *Gouvernamentalität*, der Regieren (‚gouverner‘) und Denkweise (‚mentalité‘) semantisch miteinander verbindet“ (Lemke, Krasmann und Bröckling 2012, S. 8, Hervorhebung im Original), um Techniken der Macht zu bezeichnen, „die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat“ (Foucault 2014, S. 162). In der eben zitierten Vorlesung vom 01. Februar 1978 führt Foucault weiter aus, dass er unter Gouvernamentalität zudem eine „Tendenz oder (...) Kraftlinie“ (ebd.) versteht, „die im gesamten Abendland unablässig und seit sehr langer Zeit zur Vorrangstellung dieses Machttypus geführt hat“ (ebd., S. 162). Im folgenden Nebensatz nennt er diesen Machttypus die Regierung. Drittens und letztens versteht Foucault unter Gouvernentalisierung einen Vorgang oder auch das Ergebnis eines Vorgangs, „durch den der mittelalterliche Staat der Gerichtsbarkeit, der im 15. und 16. Jahrhundert zum Verwaltungsstaat wurde, sich nach und nach ‚gouvernentalisiert‘ hat“ (ebd., S. 163).

In gegenwartsdiagnostischen Arbeiten wird der Begriff in seiner Bedeutung als Machttypus verwendet, für den der mit dem 18. Jahrhundert aufkommende moderne Staat steht. Bei seiner Analyse steht nicht allein die institutionelle Ebene des Regierens im Vordergrund, sondern vielmehr die „Tätigkeit des Regierens, die in die Denk- und Verhaltensweisen der Bevölkerung eingreift“ (Gutiérrez Rodríguez 2003, S. 165).

Der moderne Regierungsstaat folgt dem Staat der Gerichtsbarkeit und dem Verwaltungsstaat, den er letztendlich im 18. Jahrhundert ablöst. Definiert wird der Regierungsstaat durch „die Masse der Bevölkerung mit ihrem Umfang, ihrer Dichte, selbstverständlich mit dem Territorium, auf dem sie ausgebreitet ist, das aber gewissermaßen nur ein Bestandteil davon ist“ (Foucault 2014, S. 164). Für seine Definition des Regierungsstaates greift Foucault beispielsweise auf Arbeiten von Guillaume de La Perrière, einem im 16. Jahrhundert in Frankreich lebenden Chronisten, zurück, demzufolge das Regieren in der richtigen „Anordnung der Dinge (besteht), derer man sich annimmt, um sie zu einem angemessenen Ziel zu führen“ (de La Perrière, zitiert nach Foucault 2014, S. 145). Der Begriff der Dinge, führt Foucault in Anlehnung an de La Perrière weiter aus, umfasst „die

Menschen, die Menschen jedoch in ihren Beziehungen, in ihren Bindungen und ihren Verflechtungen mit jenen Dingen, also den Reichtümern, den Ressourcen und der Subsistenz, gewiß auch dem Territorium in seinen Grenzen, mit seiner Beschaffenheit, seinem Klima, seiner Trockenheit, seiner Fruchtbarkeit. Es sind die Menschen in ihren Beziehungen zu jenen weiteren anderen Dingen, den möglichen Unfällen oder Unglücken wie Hungersnot, Epidemien, Tod“ (Foucault 2014, S. 146).

Die Mittel, die die Regierung zum Einsatz bringt, um die Menschen in ihren Beziehungen, ihren Verbindungen usf. zu leiten, sind sehr umfassend. Es zählen hierzu „Erwägungen, Strategien, Taktiken und Kunstgriffe (...), von denen die Behörden Gebrauch machen, um die Bevölkerung und einzelne Bevölkerungsgruppen in Form zu bringen und zu steuern und auf diese Weise das allgemeine Wohl zu sichern und Übel fern zu halten“ (Rose 2012, S. 73).²⁸

In der Vorlesung vom 01. Februar 1978 weist Foucault weiter darauf hin, dass es eben jene Taktiken des Regierens sind, die es dem Staat gestatten, seine eigenen Grenzen immer wieder neu zu bestimmen:

„Denn eben die Taktiken des Regierens gestatten es, zu jedem Zeitpunkt zu bestimmen, was in die Zuständigkeit des Staates gehört, was öffentlich ist und was privat ist, was staatlich ist und was nicht staatlich ist. Also, wenn Sie so wollen, darf man den Staat in seinem Überleben und den Staat in seinen Grenzen nur von den allgemeinen Taktiken der Gouvernamentalität her verstehen“ (Foucault 2014, S. 164).

Gouvernamentalitätstheoretiker betonen in diesem Sinne gern, dass die gouvernementalitätstheoretische Perspektive einen neuen Blick auf den Vorgang der Ökonomisierung zu eröffnen vermag und weisen auf die Differenz zu Diagnosen hin, die einen ‚Prozeß der Rückbildung des Staates ausmachen‘ (Bourdieu 1998, zitiert nach Lemke, Krasmann und Bröckling 2012, S. 19).²⁹

„Nach dieser Diagnose ist das Signum des Neoliberalismus das Zurückdrängen des vom Staat verkörperten Gemeinwohls durch den Markt, die Ausdehnung der Ökonomie in die Politik. Daraus ergibt sich eine vornehmlich defensive Gegenstrategie: Eingefordert wird die Rückeroberung staatlicher Gesetzgebung und politischer Handlungsspielräume gegen die Dominanz des Marktmechanismus“ (ebd., S. 19).

28 Dies sind die weiter oben genannten Elemente des Zusammenhangs, den der Begriff der Ökonomisierung in gouvernementalitätstheoretischer Absicht bezeichnet.

29 Allerdings ist dies nicht die Perspektive aller Gouvernamentalitätstheoretiker, wie interne Auseinandersetzungen zeigen (vgl. Pieper und Gutiérrez Rodríguez 2003; Brunnett und Gräfe 2003).

Diese Perspektive auf den Vorgang der Ökonomisierung betrachten Gouvernmentalitätstheoretiker als Ausdruck von „ökonomistischen und ideologiekritischen Verkürzungen in der Analyse des Neoliberalismus“ (ebd., S. 19) und halten ihr eine Expansion des Staates entgegen (vgl. Pieper und Gutiérrez Rodríguez 2003; Brunnett und Gräfe 2003), die erst durch Anwendung des Konzepts der Gouvernmentalität bzw. der dahinter stehenden ontologischen wie auch erkenntnistheoretischen Überlegungen sichtbar wird.

Unter Berücksichtigung dieser – für Brunnett und Gräfe (2003) ist dies „die methodologische Konzeption von Gouvernmentalität“ (ebd., S. 54) – zeigt sich der mit dem Begriff der Ökonomisierung belegte gesellschaftliche Wandel als eine neue Form der Gouvernmentalität (vgl. Lemke, Krasmann und Bröckling 2012; Lessenich 2012). Das bedeutet, eine neue Form staatlicher Führungstechniken. Unter diesen Vorzeichen erscheint selbst die „Rede vom ‚Rückzug des Staates‘ als Teil einer *auch* staatlich regulierten Rationalität“ (Brunnett und Gräfe 2003, S. 56, Hervorhebung im Original).

„Die Perspektive der Gouvernmentalität ermöglicht die Entwicklung einer dynamischen Analyse, die sich nicht auf die Feststellung eines ‚Niedergangs des Politischen‘ beschränkt, sondern den ‚Rückzug des Staates‘ bzw. die ‚Dominanz des Marktes‘ selbst als ein politisches Programm dechiffriert“ (Lemke, Krasmann und Bröckling 2012, S. 26, Hervorhebung im Original).

II.4 Vorläufiges Fazit 1 und weiterführende Bemerkungen

Die semantische Analyse des Begriffs der Ökonomisierung konnte zeigen, dass der Begriff der Ökonomisierung zumeist Verwendung findet, wenn ein vom Wirtschaften ausgehender gesellschaftlicher Wandlungsprozess sprachlich gekennzeichnet werden soll. Dies war bereits im Zeitalter der Industrialisierung der Fall, als Mill und Marx auf eine Ökonomisierung der Gesellschaft hinwiesen. Dies ist auch in den systemtheoretisch angeleiteten Gegenwartsdiagnosen der Fall – und in manchen gouvernmentalitätstheoretisch angeleiteten. Im gouvernmentalitätstheoretischen Kontext konkurriert diese Perspektive auf den gesellschaftlichen Wandel jedoch mit einer anderen, weitaus lauter artikulierten, nämlich der, dass es sich beim Vorgang der Ökonomisierung nicht um einen unter ökonomischen Vorzeichen zu begreifenden Wandlungsprozess handelt, sondern vielmehr um einen, dessen angemessene Erfassung nur gelingt, wenn er als ein unter politischen Vorzeichen von statten gehender begriffen wird (Lemke, Krasmann und Bröckling 2012).

Theoretisch lässt sich gegen die gouvernementalitätstheoretische Deutung des Vorgangs der Ökonomisierung einwenden, dass das ihr zugrunde liegende Konzept der Gouvernementalität eine *singuläre Allgemeingültigkeit* (vgl. Sennelart 2006) darstellt, die es letztendlich nicht erlaubt, hinter gesellschaftlichen Vorgängen etwas anderes als staatliche Vorgänge zu sehen. Eine offene Gesellschaftsdiagnose ist vor diesem theoretischen Hintergrund nicht möglich.

„Denn eben die Taktiken des Regierens gestatten es, zu jedem Zeitpunkt zu bestimmen, was in die Zuständigkeit des Staates gehört, was öffentlich ist und was privat ist, was staatlich ist und was nicht staatlich ist. Also, wenn Sie so wollen, darf man den Staat in seinem Überleben und den Staat in seinen Grenzen nur von den allgemeinen Taktiken der Gouvernementalität her verstehen“ (Foucault 2014, S. 164).

Aus einer empirischen Perspektive spricht gegen die gouvernementalitätstheoretische Deutung des Ökonomisierungsvorgangs die zeitliche Reihung von für diese Argumentation relevanten Ereignissen. So ist bereits zu Beginn der 1980er Jahre ein Wandel des im ökonomischen Kontext gültigen wirtschaftspolitischen Grundmodells – weg von einer nachfrageorientierten, hin zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik – auszumachen (vgl. Kromphardt 2004). Dieser Wandel stellt eine Hinwendung zum Neoliberalismus dar (Butterwege, Lösch und Ptak 2008a, 2008b), die in den angel-sächsischen Staaten bereits in den 1970er Jahren einsetzte (Piven 1995; Rhodes 1995; Harvey 2007). Ebenso bekannt ist, dass dieser Vorgang – zumindest in Deutschland – maßgeblich von Wirtschaftswissenschaftlern vorangetrieben wurde und nicht von Politikern (Kromphardt 2004).

Von den die Gesellschaftsdiagnose der Ökonomisierung deutenden Anhängern der Gouvernementalität unbeachtet bleibt darüber hinaus, dass die mit dem Begriff der Ökonomisierung belegte historische Situation im Rahmen der von Foucault in seinen Vorlesungen aufgezeigten Analysemöglichkeiten als Übergang von einer neoliberalen Gouvernementalität deutscher Prägung hin zu einer neoliberalen Gouvernementalität us-amerikanischer Prägung gewertet werden kann. Und das bedeutet letztendlich „ein permanentes ökonomisches Tribunal“ (Foucault 2006), was neben allem anderen für die Verwendung des Begriffs der Ökonomisierung im Sinne eines unter ökonomischen Vorzeichen zu betrachtenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesses spricht.

An anderer Stelle weist Lemke (2001) auf beide Spielarten des Neoliberalismus – einerseits den deutschen Ordoliberalismus und andererseits die US-amerikanische Chicagoe School – hin und bemerkt, dass für beide die Form des Marktes „als Organisationsform des Staates und der Gesellschaft dient“ (Lemke 2001, S. 115). Zwischen beiden Spielarten des Neoliberalismus bestehen aber auch Differenzen, so beispielsweise die für die hier besprochene gesellschaftliche Entwicklung bedeutsa-

me, dass das Programm der Chicago School „in der konsequenten Ausweitung der ökonomischen Form auf das Soziale (besteht), um die Differenz zwischen Ökonomie und Sozialem überhaupt zu eliminieren (...), wobei die Regierung selbst zu einer Art Unternehmen wird, dessen Aufgabe die Universalisierung des Wettbewerbs und die Erfindung marktförmiger Handlungssysteme (...) ist“ (Lemke 2001, S. 116): Und damit wird eben „ein permanentes ökonomisches Tribunal“ eingerichtet.

Dieses permanente ökonomische Tribunal klingt allein in der von Schimank und Volkmann (2008) vorgelegten theoretischen Konzeptualisierung des Vorgangs der Ökonomisierung an. Betrachtet man wie sie Ökonomisierung als gesellschaftlichen Vorgang, innerhalb dessen eine Expansion der für das kapitalistische Wirtschaften maßgeblichen Spielregel der Gewinnorientierung in nicht-ökonomische Kontexte auszumachen ist, könnte man – und das zeigt auch das nachfolgende Zitat – die Diagnose von der Ökonomisierung dahingehend konkretisieren, dass mit ihr eine Kapitalisierung der Gesellschaft gemeint ist.

„Ökonomisierung bezeichnet einen Vorgang, durch den Strukturen, Prozesse, Orientierungen und Effekte, die man gemeinhin mit einer modernen kapitalistischen Wirtschaft verbindet, gesellschaftlich wirkmächtiger werden“ (Schimank und Volkmann 2008, S. 382).

Da der Begriff der Ökonomisierung allerdings derart weit in den wissenschaftlichen wie auch den nicht-wissenschaftlichen Sprachgebrauch vorgedrungen ist, soll er auch hier beibehalten werden. Grundsätzlich wäre es jedoch wünschenswert, diese sprachliche Differenz wenigstens im wissenschaftlichen Sprachgebrauch einzuführen, da ansonsten der Eindruck entstehen kann, dass es sich beim kapitalistischen Wirtschaften um das Wirtschaften schlechthin handelt, womit man an analytischer Schärfe verliert. Diese analytische Unschärfe ließe sich dann nur durch Wiedereinführung der alten Unterscheidung von Hauswirtschaft (*oikonomia*) und der Geldwirtschaft (*chrematistike*) einholen.³⁰ Wahrscheinlich hat Bourdieu das im Sinn, wenn er zwischen Ökonomie und „der recht eigentlich ökonomischen Ökonomie“ (z. B. Bourdieu 2002a, S. 26) unterscheidet: Die Ökonomie ist jede Form der Praxis, wohingegen die ökonomische Ökonomie die kapitalistische Ökonomie ist, die sich im Zuge des Prozesses gesellschaftlicher Differenzierung durchsetzen konnte (Bourdieu 2002a). Auch wenn diese Unterscheidung so plausibel wird, erkennt sie doch wirtschaftshistorische und wirtschaftssoziologische Befunde, wie die von Polanyi (1978) vorgelegten, dass auch das kapitalistische Wirtschaften nicht nur einer Spielregel folgt, sondern durchaus mehreren (vgl. Polanyi 1978;

30 Vgl. zu dieser Unterscheidung (Mikl-Horke 2008).

Mikl-Horke 2008). So dass also eine ökonomische Ökonomie nur eine idealtypische Konstruktion ist – gewissermaßen eine soziologische Modellannahme. Ganz davon abgesehen, würde es seltsam klingen, von einer ökonomischen Ökonomisierung reden zu müssen.

Theoretisiert wird dieser Vorgang von der Systemtheorie, die sich als ein Deutungsangebot des differenzierungstheoretischen Paradigmas versteht (Stichweh 2007). Dabei operiert sie mit der Annahme funktionaler Differenzierung (Luhmann 1997), von der ausgehend der Vorgang der Ökonomisierung bzw. der Kapitalisierung eine Pathologie darstellt oder eben eine „feindliche(...) Übernahme“ (Schimank 2006, S. 77). Diese Pathologie versuchen Volkmann und Schimank (2006) durch Anleihen bei Bourdieu der theoretischen Normalität zuzuführen. Dabei greifen sie auf das Konzept der Intrusion zurück, das theoretisch ermöglicht wird, indem Bourdieu soziale Felder als Spannungsverhältnisse zwischen einem autonomen und einem weltlichen Pol auffasst (Bourdieu 1998b). Während der weltliche Pol derjenige Pol ist, der „dem Effekt der Menge und des Marktes am stärksten unterworfen ist“ (Bourdieu 1998b, S. 112), gehorcht der autonome Pol den eigenen *Spielregeln*, funktioniert aus systemtheoretischer Perspektive entsprechend des eigenen Codes (Schimank und Volkmann 2008; vgl. auch Bourdieu und Wacquant 1996, S. 134). Damit wird letztlich die Annahme der funktionalen Differenzierung entscheidend geschwächt.

Im nachfolgenden Kapitel erfolgt eine nähere Betrachtung des sozialen Sachverhalts der Gesellschaft, was notwendig ist, wenn der Vorgang der Ökonomisierung als ein gesellschaftlicher betrachtet wird. Zum einen ist es nur so möglich, eine theoretisch angeleitete empirische Gesellschaftsanalyse zu betreiben und zum anderen erweist sich der Begriff der Gesellschaft bei näherem Hinsehen als ein für die Soziologie problematischer Begriff.

Man kann die nachfolgenden beiden Kapitel auch als zwei aufeinander folgende Schritte im Rahmen einer dimensional Analyse betrachten, deren Ziel darin besteht, „die nach der Fragestellung zu erfassenden Dimensionen der Wirklichkeit festzulegen und abzugrenzen“ (Kromrey 2009, S. 111) – mit dem Ziel der „Aufstellung eines Modells der für die empirische Studie relevanten Dimensionen des Untersuchungsgegenstands und die Zuordnung geeigneter Begriffe“ (ebd., S. 111).

Ökonomisierung

Diagnose und Analyse auf der Grundlage
feldtheoretischer Überlegungen

Niephaus, Y.

2018, XII, 216 S. 8 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-18608-1